

# Staatliche Pensionskasse: Das Referendum steht

Auch der Abstimmungstermin wurde mit dem 1. Dezember 2024 schon festgelegt.

## Valeska Blank

Das ging schnell: Nur zweieinhalb Wochen, nachdem die Unterschriftensammlung offiziell angekündigt wurde, ist es schon fix: Das Referendum gegen das Massnahmenpaket, das der Landtag zur Neuausrichtung der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (SPL) beschlossen hat, ist zustande gekommen. Der DpL-Abgeordnete Herbert Elkuch hat die benötigten Unterschriften gestern Vormittag bei der Regierungskanzlei abgegeben. Nur wenige Stunden später – auch das aussergewöhnlich rasch – folgte die Mitteilung des Innenministeriums: Die Volksabstimmung wurde auf den 1. Dezember festgelegt.

Eingesammelt hat die Gruppierung um Elkuch 1962 gültige Unterschriften. Der DpL-Abgeordnete hat das Referendum ins Rollen gebracht. Die Namen seiner Mitstreiter möchte er auf Anfrage noch nicht nennen;

ein eigentliches Referendumskomitee habe sich noch nicht gebildet. «Aktuell sind wir eine lose Gruppe – es wird sich im Laufe des Abstimmungskampfes herauskristalisieren, wer fix im Komitee dabei ist.»

## Zwei Massnahmen des Pakets stehen in der Kritik

Konkret wird das Volk über die vom Landtag grösstenteils abgesegnete Abänderung des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge des Staates abstimmen. Um die Pensionskasse wieder auf Kurs zu bringen, hat die Regierung mehrere Massnahmen definiert – unter anderem sollen eine separate «Rentnerkasse» oder die Möglichkeit für variable Renten geschaffen werden.

Diese beiden Ansätze stehen für die Gruppierung um Elkuch nicht zur Debatte. Vielmehr stösst sie sich an zwei anderen Teilmassnahmen: Einerseits, dass die an die SPL ausbezahlten

zinslosen Darlehen in Eigenkapital umgewandelt werden sollen – für die Gegner des Massnahmenpakets handelt es sich dabei um eine «Schenkung». Andererseits kritisieren sie die Ausfinanzierung der bestehenden Renten.

## 2024 entpuppt sich als absolutes Rekordabstimmungsjahr

Als stossend empfindet Elkuch zudem den Betrag, um den es geht: Über 160 Millionen Franken. «Darin mit eingerechnet sind die Umwandlung des Darlehens, die Kosten für die Rentnerkasse und die Ausfinanzierung», erklärt Elkuch. Angesichts dieser Summe solle das Volk seine Meinung abgeben dürfen.

2024 ist bereits ein Rekordabstimmungsjahr: Das Volk hat schon über sechs Vorlagen befunden, die Radio-L-Abstimmung steht bevor. Mit dem SPL-Referendum folgt nun der achte Urnengang innert zwölf Monaten.